

Die Rote Mappe 1970

des Niedersächsischen Heimatbundes

Rückblick und Ausblick,

vorgetragen durch den Vorsitzenden, Dr. Herbert Röhrig, Hannover,

auf dem 51. Niedersachsentag in Goslar

in der Festversammlung am Montag, 5. Oktober 1970.

Herr Landtagspräsident!

Herr Kultusminister!

Meine Damen und Herren, liebe Jugend!

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich, Sie alle begrüßen zu können, insbesondere den Herrn Bundestagsabgeordneten, die Herren Landtagsabgeordneten, den Herrn Staatssekretär, den Herrn Regierungspräsidenten, die Herren Vertreter der Kirchen, den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Goslar.

Der Niedersächsische Heimatbund begeht nun zum dritten Mal einen Niedersachsntag in Goslar; vorher war es 1924 und 1947 der Fall. Zu unserer Freude wissen wir hier im Raum mehrere bewährte Streiter, die schon vor 23 Jahren tätig dabei gewesen sind. Wir grüßen sie in herzlicher Verbundenheit!

Wir tagen am Fuße des Rammelsberges in der Kaiserpfalz zu Goslar und damit an einer ganz besonders ehrwürdigen Stätte. Vieles von dem, was uns heute im staatlichen Leben der Deutschen quält und bedrückt, hat in einem gewissen Sinne hier seinen Anfang genommen. Sie sehen dort an der Wand das Bild des Malers aus dem 19. Jahrhundert, das uns jene entscheidende Szene aus der deutschen Geschichte nahezubringen versucht: Kaiser Friedrich Barbarossa bittet seinen Vetter Heinrich den Löwen, den Herzog in Sachsen und Bayern, in Chiavenna 1176 angeblich kniefällig um Beistand im italienischen Feldzug. Als Preis dafür fordert Heinrich Goslar und den Rammelsberg; obwohl der Kaiser in großer Not ist, erscheint ihm dieser Preis zu hoch, er verweigert ihn, und daraufhin lehnt Heinrich den Beistand ab. Wenig später erleidet Barbarossa bei Legnano eine schwere Niederlage.

Voller Zorn kehrt er nach Deutschland zurück; dem Löwen wird der Prozeß gemacht, er wird geächtet und aller Lehen und Eigengüter verlustig erklärt. Dieser Sturz Heinrichs des Löwen bedeutet das Ende des sächsischen Stammesherzogtums. Kleinstaaterei und Zersplitterung machen sich breit, Teile des Reiches gehen ans Ausland verloren. Durch die ganze deutsche Geschichte hindurch bis in unsere Gegenwart sind die Folgen auf

**Drei Niedersachsntage
in Goslar**

**Der Rammelsberg und die
Kaiserpfalz**

Zeugen deutscher Geschichte

Schritt und Tritt zu spüren!

Aus den Fenstern dieses Saales hinaus sehen wir auf die Türme und Dächer der heutigen Stadt Goslar; in tausend Jahren hat sie viele wechselvolle Geschicke erlebt, großen Reichtum, aber auch tiefe Armut, ohne die wir freilich die Zeugen der reichen Tage wohl kaum noch besitzen würden. Diese Zeugen der reichen Tage sind unter ganz veränderten Verhältnissen heute nun wiederum eine der Quellen des Wohlstandes dieser Stadt. Ein immer mehr an-schwellender Strom Fremder von nah und fern kommt hierher, um zu bewundern und zu genießen, was in Goslar Jahrhunderte überdauert hat.

Eben das bringt nun aber auch dieselben Schwierigkeiten mit sich, mit denen fast alle alten Städte zu kämpfen haben. Die Kraftwagen der vielen Fremden zusätzlich zu denen der Einheimischen, die Ansprüche an das Wohnen und Arbeiten in Straßen und Häusern, die ihre Maßstäbe und ihre Formen vor Jahrhunderten bekommen haben - wie soll das miteinander in Einklang gebracht werden? Könnte man sich darauf beschränken, einzelne besonders wichtige Baudenkmale sorgfältig zu erhalten, so wäre das Problem nicht gar zu schwierig zu lösen. In Goslar liegt es aber so, daß eine Fülle von durchschnittlichen Bauten aus mehreren Jahrhunderten ein besonders reizvolles Ganzes ergibt, bei dem sich schon kleine Veränderungen störend bemerkbar machen, etwa Werbeanlagen, Kunststoffverkleidungen, Umbau von Fenstern und Türen, ja sogar die Asphaltierung von Straßen.

Erfreulicherweise hat Goslar schon vor sechs Jahren eine Ortssatzung erlassen, um Verunstaltungen zu verhindern und Neubauten gut in das Bild der Altstadt einzugliedern.

Diese Erhaltung des Stadtbildes kann auf die Dauer aber weder der Stadt noch gar dem einzelnen Eigentümer zugemutet werden; es handelt sich vielmehr um eine Gemeinschaftsaufgabe im öffentlichen Interesse, die auch vom Land und vom Bund mitgetragen werden muß. Leider geschieht das bisher nur in einem ganz unzureichenden Maße. Um so höher sind die schönen und erfolgreichen Bemühungen der Stadt zu bewerten.

Auch für die Schaffung und Erhaltung des Naturparkes Harz im Bereich des Stadtkreises Goslar werden seit einem Jahrzehnt große Aufwendungen gemacht, die vor allem den auswärtigen Besuchern zugute kommen, am wenigsten den Goslarern selbst. An Bund und Land sei appelliert, ihre Zuschüsse dafür erheblich zu steigern.

Damit möchten wir das Thema Goslar verlassen mit herzlichem Dank dafür, daß man uns hier so bereitwillig und freundschaftlich aufgenommen hat; ein ganzes Jahr hindurch haben die Goslarer Damen und Herren eifrig und tatkräftig an den Vorbereitungen des Niedersachsentages mitgewirkt und einen schönen Verlauf sichergestellt. Wir werden auf den Harz noch zurückkommen, möchten nun aber doch wie üblich zunächst ein paar grundsätzliche Dinge ansprechen, die uns bewegen.

Lassen Sie uns zu Anfang mit aller Nüchternheit und Klarheit feststellen, daß die finanziellen Mittel, die das Land Niedersachsen der Landespflege zur Verfügung stellt, bei weitem zu gering sind. Was wir unter Landespflege verstehen, sei wie schon oft noch einmal definiert: Im weitesten Sinne alle diejenigen Bestrebungen, die auch als Heimatpflege bezeichnet werden, insbesondere

Naturschutz und Landschaftspflege,
Bodendenkmalpflege,
Baudenkmalpflege,
Kunstdenkmalpflege,
Pflege der plattdeutschen Sprache,

sowie überhaupt die Unterstützung aller Tätigkeiten, die sich mit der Bewahrung und sinnvollen Fortentwicklung von Natur und Kultur im Lande Niedersachsen befassen. Vielfach werden für diese Arbeitsgebiete jetzt die Begriffe Umweltschutz und Umweltgestaltung verwendet.

Wir wissen, der Herr Ministerpräsident ist der Meinung, irgendwelche Sonderfonds und Nebentöpfe sollten nach Möglichkeit vermieden, vielmehr sollten alle vorhandenen Mittel,

Das tausendjährige Goslar

Wie können alt und neu miteinander in Einklang gebracht werden?

Hilfe von Land und Bund!

Die finanziellen Mittel für die Landespflege sind bei weitem zu gering!

soweit sie dem Staat ganz oder überwiegend gehören, auch von diesem einheitlich verwaltet werden. In einer persönlichen Unterredung hat er uns ausdrücklich versichert, das bedeute kein Wort gegen eine bessere finanzielle Ausstattung unserer Bestrebungen, nur hielte er die Form der zentralen Finanzverwaltung für günstiger als die Aufsplitterung in kleinere Einheiten.

Wenn wir darin die Zusage sehen dürfen, daß er sich für eine kräftige Erhöhung der Mittel für die Landespflege einsetzen will, so nehmen wir das selbstverständlich gern zur Kenntnis, möchten aber doch zweierlei zu bedenken geben:

Ganz sicher werden auch in Zukunft Wirtschaftsunternehmungen mit einem bisher unklaren Status privatisiert werden. Dann möchten wir verhindern, daß freiwerdende Gelder wieder einmal nur der Forschung gewidmet werden, vielmehr liegt uns dringend daran, in solchen Fällen die bisher stiefmütterlich behandelte Landespflege zur Geltung zu bringen.

Zweitens aber denken wir an die hannoversche Klosterkammer. Wir meinen, es hat sich seit Jahrhunderten bewährt, für bestimmte langfristige Aufgaben von allgemeinem Interesse zweckbestimmte Fonds zu schaffen und sie dadurch der politischen Tagesentscheidung zu entziehen. Das hat seinerzeit zur Bildung des Klosterfonds geführt, den dann nicht einmal das sogenannte Dritte Reich angetastet hat.

Die Landesregierung hat jetzt eine Bestandsaufnahme durch einen Sonderbeauftragten veranlaßt; weite Kreise warten mit großem Interesse darauf, welche Ergebnisse herauskommen. Dann werden die Überlegungen beginnen, welche Folgerungen zu ziehen sind, und das wird jenen „landespolitischen Zündstoff“ bedeuten, von dem eine Zeitung sprach.

Wir haben immer erklärt, man solle darüber nachdenken, wie man die Klosterkammer noch besser organisieren und das Vermögen auch noch anders anlegen könnte, um höhere Erträge zu erzielen, aber ihre Unabhängigkeit und damit Entscheidungsfreiheit sollte niemand antasten! Bei ihr besteht die Sicherheit, daß die Mittel für die festgelegten Zwecke verwendet werden; kein Mensch aber kann garantieren, ob auch eine künftige Landesregierung mit ihrem Etat noch entsprechend zur Verfügung stehen wird.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf das Spielbankgesetz, das den Landtag sicherlich demnächst wieder beschäftigen wird. Wir haben schon vor mehr als einem Jahr eine Eingabe an den Landtag gemacht und um eine Ergänzung des Entwurfs dahin gebeten, daß ein Teil der Überschüsse der Landespflege gewidmet wird.

Lassen Sie uns die Erwähnung der finanziellen Dinge abschließen mit der Wiederholung unserer Meinung: Wir halten es für dringend nötig, daß der Staat seine Zuwendungen kräftig erhöht, und wenn einzelne Objekte bestimmten Zwecken gewidmet werden wie etwa Überschüsse aus den Spielbanken und von privatisierten Unternehmungen, so sollte man dabei nachdrücklich an die Landespflege denken. Nichts versprechen können wir uns aber im Gegensatz dazu von der Auflösung eines Fonds, der eigens für diese Landespflege gegründet worden ist und seine Aufgaben immer redlich erfüllt hat.

In den Zusammenhang dieser Betrachtungen gehört auch die Erwähnung desjenigen Teils der Lottomittel, die der Landesforschung gewidmet sind. Wir sind immer sehr erfreut darüber und haben es besonders begrüßt, daß eine gewisse Begrenzung der Höhe, die eine Zeitlang festgesetzt worden war, wieder aufgehoben worden ist. Der wissenschaftliche Nutzen, den diese Lottomittel nun seit fast anderthalb Jahrzehnten bewirkt haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, und niemand bezweifelt, daß diese Förderung der Forschung selbstverständlich fortgesetzt werden muß. Aber eben: Die Mittel dienen nur der Forschung, nicht der Pflege, und das macht sich auf Schritt und Tritt immer wieder unglücklich bemerkbar.

An den Landtag haben wir dann wieder wie schon seit Jahren die dringende Bitte, das Gesetz zur Verhütung von Landschaftsschäden durch Entnahme von Bodenbestandteilen zu beschließen. Der Entwurf liegt seit Jahren vor; er besteht nur aus einigen wenigen, aber außerordentlich wichtigen Bestimmungen und sollte nun endlich verwirklicht werden. Aus allen Teilen des Landes bekommen wir immer dringendere Hilferu-

Bei Privatisierungen an die Landespflege denken!

Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit der Klosterkammer sollte niemand antasten!

Spielbankgesetz

Erfreuliche Förderung der Landesforschung durch Lottomittel

Das Gesetz zur Verhütung von Landschaftsschäden

fe, weil Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Baggerseen und ähnliche Eingriffe die Landschaft verschandeln, ohne daß irgendeine Sicherung für die spätere Rekultivierung besteht. Natürlich kann man auf alle diese Baustoffe nicht verzichten, aber die Art des vielfach geübten Abbaues ist nicht mehr vertretbar. Sie nimmt meist keine Rücksicht auf den Nachbarn und das Landschaftsbild, reicht oft tief unter die umgebende Geländeflur, übersieht die sorgfältige Lagerung des anfallenden Mutterbodens, duldet zu starke Hänge und vernachlässigt die nötigen Maßnahmen nach Auflassung der Grube. Manchmal werden sogar besonders wertvolle Erholungsgebiete in Kraterlandschaften verwandelt, ohne daß es einer Behörde möglich wäre, planend und lenkend einzugreifen. Krasse Beispiele sind im Landkreis Harburg zu beobachten; dort macht sich der Bedarf der riesigen Bauvorhaben in der Großstadt Hamburg natürlich besonders bemerkbar. Man glaubte in den Ministerien eine Zeitlang, die Ziele dieses Gesetzes ließen sich durch die Landesbauordnung erreichen, ist inzwischen aber zu der Überzeugung gekommen, das Spezialgesetz sei nicht zu entbehren. Das ist auch unsere Meinung, und wir bitten nun dringend darum, es endlich zu erlassen.

Dem Stichwort **Landesbauordnung** brauchen wir nur wenige Worte zu widmen. Wir halten den vorliegenden Entwurf für gut und haben das auch im letzten Jahr bei Anhörungsterminen des Landtags zum Ausdruck gebracht. Auf keinen Fall dürften die Bestimmungen im Sinne einer Liberalisierung der Außenreklame aufgeweicht werden! Dankbar erkennen wir an, daß in Niedersachsen schon jetzt vielen Auswüchsen der Außenreklame entgegengetreten wird.

Das **Landes-Raumordnungsprogramm** haben wir schon im letzten Jahre begrüßt. Inzwischen liegen uns auch die **Bezirks-Raumordnungsprogramme** vor; wir haben mancherlei wertvolle Erkenntnisse in ihnen angetroffen, und zwar unter den Stichworten Forstwirtschaft, Fremdenverkehr, Landespflege, Erholung, Abbau von Sand und Kies, Naturschutz, Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Reinhaltung der Gewässer. Wenn das alles verwirklicht wird, können wir zufrieden sein.

Zur **Verwaltungs- und Gebietsreform** äußern wir uns auch jetzt wieder wie schon seit Jahren positiv, wenn auch mit mancherlei Vorbehalten in den Einzelheiten. Vor allem sollte es nicht vergessen werden, auf allen Stufen der Verwaltung auch die private Initiative heranzuziehen, ihr die aktive Mitarbeit zu ermöglichen und das den Behörden zur Pflicht zu machen. Nur wirtschaftliche Kräfte setzen sich überall leicht durch, jene anderen aber, denen es um das Ganze geht, müssen gefördert und ermutigt werden. Darin ist das Landwirtschaftsministerium in erfreulicher Weise vorangegangen, indem es in einem Erlaß vom Juli v. J. seinen Dienststellen eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen an der Landespflege beteiligten Verbänden und Organisationen zur besonderen Pflicht gemacht hat.

Das nächste Thema sei ein Blick auf **Naturschutz und Landschaftspflege** als Ganzes.

Der Europarat in Straßburg, dem 18 Nationen angeschlossen sind, hat das Jahr 1970 zum **Europäischen Naturschutzjahr** erklärt. Über die erhaltenden und bewahrenden Aufgaben des Naturschutzes hinaus wurde vor allem die gestaltende Landschaftspflege in den Vordergrund gestellt. Eine Fülle von Veröffentlichungen und Veranstaltungen in allen angeschlossenen Staaten erfüllt das Jahr und hat diesen Erkenntnissen und Bestrebungen einen gewaltigen Auftrieb gegeben. So ist es sicher auch zu erklären, daß die Zuschriften, die wir für die Rote Mappe dieses Jahres bekommen haben, zum größten Teil dem Naturschutz und der Landschaftspflege gewidmet sind. Noch wichtiger waren aber zweifellos die immer schlimmer und drängender werdenden Nöte der Landschaft. Nur einen kleinen Teil der zahlreichen Anregungen können wir heute vortragen.

Auf jeden Fall aber dürfen wir es uns ersparen, noch irgendwelche grundsätzlichen Worte über die Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen Boden und Wasser, Luft und Klima, Pflanzen- und Tierwelt als den wesentlichen Grundlagen unseres Daseins zu verlieren. Das Wort „Umweltschutz“, der Begriff „Schutz des Lebens“ ist allmählich auch dem gleichgültigsten Menschen geläufig geworden.

Der Entwurf der Landesbauordnung ist gut

Landes- und Bezirksraumordnungsprogramme

Verwaltungs- und Gebietsreform

Das Europäische Naturschutzjahr

Die „Grüne Charta von Mainau“ aus dem Jahre 1961 gilt auch heute noch Wort für Wort.

Die Bundesregierung hat im übrigen einen Gesetzentwurf aufgestellt, der dem Bund das Recht zur konkurrierenden Gesetzgebung auf dem Gebiet von Naturschutz und Landschaftspflege geben soll. Das erscheint uns aus vielen Gründen dringend nötig zu sein, u. a. brauchen wir verbindliche Landschaftspläne für das ganze Bundesgebiet. Der Deutsche Rat für Landespflege hat schon vor Jahren einen Katalog von Forderungen aufgestellt; insbesondere muß jeder, der in die Landschaft eingreift, verpflichtet werden, die daraus entstehenden Schäden so gering wie möglich zu halten.

Nach dem Vorschlag des Deutschen Naturschutzringes sollen auch bestimmte Organisationen, die sich mit diesem Arbeitsgebiet befassen und als solche von der zuständigen obersten Landesbehörde anerkannt sind, ein Klagerecht gegen Behörden bekommen, die dem Naturschutz zuwiderhandeln.

Mit diesem Gesetz wären viele der uns zugegangenen Klagen und Anregungen zu bereinigen. Erwähnt seien etwa freier Zutritt zu Wäldern, Seen und Wasserläufen, Verhinderung von wilder Bebauung, Lenkung und Ordnung des Freizeitverkehrs, Säuberung von Wald und Flur, Reinhaltung der Flüsse und der Luft, Erhaltung wertvollen Baumbestandes und einzelner Naturdenkmale, vor allem die Aufstellung sachgerechter Landschaftspflegepläne. Es sind uns, wie gesagt, zahlreiche Einzelfälle gemeldet worden, in denen gegen diese Forderungen verstoßen wird.

Für solche Erkenntnisse kommt erfreulicherweise oft Hilfe von der Seite wirtschaftlichen Denkens, nämlich vom Fremdenverkehr. Im Juni d. J. haben der Deutsche Industrie- und Handelstag und die kommunalen Spitzenverbände einen Leitfadens für die Entwicklung von Fremdenverkehrsgebieten herausgegeben, der sich nachdrücklich dafür einsetzt, landschaftliche Schönheiten und Anziehungspunkte historischer Art sorgfältig zu pflegen und zu schützen, weil man sonst keinen Fremden anlocken, also auch kein Geld verdienen könnte. Das möchten wir nachdrücklich unterstreichen.

Die Abfallbeseitigung wird ein immer schlimmeres Problem, über das wir ebenfalls viele Zuschriften erhalten haben. Glücklicherweise befaßt sich der Bund damit jetzt besonders nachdrücklich.

In einem Punkt konnten wir einen erfreulichen Frieden schließen, nämlich hinsichtlich des Buchenerlasses des Landwirtschaftsministeriums. Im vorigen Jahre haben wir in der Roten Mappe darüber berichtet, wir hätten eine lange freundschaftliche Aussprache mit dem Leiter der Niedersächsischen Forstverwaltung gehabt; jetzt können wir auf einen neuen Erlaß des Ministeriums verweisen, der ganz in unserem Sinne gehalten ist und überdies den Forstbehörden die Pflicht auferlegt, mit den einschlägigen privaten Organisationen enge Fühlung zu halten. Darüber freuen wir uns sehr.

Eine andere Freundschaft wurde im letzten Jahre erweitert und vertieft, nämlich diejenige mit der Landesjägerschaft Niedersachsen. Ihr Präsident, Herr Generaldirektor Dr. Pleister, hatte uns zu einer Aussprache eingeladen, die in größerem Kreise stattfand und den Wunsch ergab, Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Jägerschaft, gegenseitige Unterrichtung und gemeinsames Auftreten nach außen bis in die örtlichen Gruppen hinein zu vollziehen. Sicherlich gibt es in beiden Fällen Leute, die engstirnig nur das eigene Fach sehen; hier kann es nur nützlich sein, mit der anderen Seite so viel wie möglich Fühlung zu haben.

Erfreulich ist es, daß nun praktisch in allen Regierungs- und Verwaltungsbezirken eine eigene Fachstelle für Naturschutz eingerichtet worden ist. Sie dürfte auch nach der Verwaltungsreform keinesfalls aufgegeben werden; solche Stellen nur bei den Landkreisen genügen nicht.

Immerhin haben wir Veranlassung, einigen Landkreisen besondere Anerkennung Landkreise dafür auszusprechen, daß sie sich um die Landespflege besonders bemühen und auch Fachkräfte dafür in ihre Verwaltung einstellen; möchten die übrigen diesem Beispiel folgen! So hat etwa der Kreis Land Hadeln das Moor um die fünf Seen aufgekauft, finanziell eine achtbare Leistung.

Das Naturschutzgebiet Heiliger Hain im Landkreis Gifhorn ist in einem beson-

Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes muß kommen

Hilfe vom Fremdenverkehr

Abfallbeseitigung

Buchenerlaß

Gute Zusammenarbeit mit der Landesjägerschaft

Anerkennung für einige Landkreise Kreis Land Hadeln

Landkreis Gifhorn

ders guten Zustand, es kann vielleicht als das am besten gepflegte Naturschutzgebiet in Niedersachsen bezeichnet werden. Leider haben die Landeskulturbehörden die Absicht, die benachbarten nassen Wiesen zu entwässern und damit zu zerstören. Das darf auf keinen Fall zugelassen werden.

Im Landkreis Osterholz hat es einen siebenjährigen Krieg um eine mächtige Eiche gegeben, die vom Straßenbauamt unbedingt beseitigt werden sollte. Der Kreis hat die Notwendigkeit immer wieder bestritten und sich schließlich durchgesetzt. Nun soll diese „Landstraße erster Unordnung“, wie sie einmal genannt worden ist, ohne Zerstörung der Eiche fertig werden. Warum dieser Streit? Der Straßenbau hätte lieber von Anfang an mit dem Naturschutz zusammenarbeiten sollen! Herr Oberkreisdirektor Gottschalk hat hier einen guten Kampf gekämpft.

Der Landkreis Grafschaft Diepholz verdient ebenfalls lobend hervorgehoben zu werden; seine schutzwürdigen Gebiete sind jetzt fast alle unter Schutz gestellt und werden gut betreut.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat einen Diplom-Gärtner als Kreisplaner eingestellt und betreibt mit Nachdruck den Ausbau des seit kurzem eingerichteten Naturparks „Elbufer-Drawehn“.

Die Erhaltung des Wacholderhains und der Kuhweide bei Haselünne ist im Bezirksraumordnungsprogramm Osnabrück besonders erwähnt worden; das ist sehr erfreulich, weil dieses Gelände einen hohen wissenschaftlichen Wert besitzt.

Im Landkreis Rotenburg ist die besonders gute Gestaltung der Dorffriedhöfe hervorzuheben.

Im Regierungsbezirk Stade war das wichtige Gebiet „Obere Geeste“ gefährdet, ist nun aber auch unter Schutz gestellt worden. Mit diesem lobenswerten Vorgang möchten wir die Reihe der erfreulichen Erscheinungen einstweilen abschließen; wir werden ihr nachher eine leider wesentlich längere Liste unerfreulicher Vorkommnisse gegenüberstellen müssen, doch mögen jetzt zunächst einige Probleme des Harzes zur Sprache kommen.

Die Bezirksregierungen in Braunschweig und Hildesheim haben damit begonnen, einen Landschaftsrahmenplan für den Naturpark Harz aufzustellen, um eine klare Grundlage für künftige Förderungsmaßnahmen zu bekommen. Für die Verwaltung des Naturparks sollte ein einheitlicher Träger geschaffen werden. Einstweilen macht sich der Landkreis Zellerfeld um diese Bestrebungen besonders verdient.

Schlimm steht es dagegen mit der Absicht der Licht- und Kraftwerke Harz in Osterode, eine 110-KV-Hochspannungsleitung quer durch den Naturpark Harz zu führen. Sie würde das Landschaftsbild ganz wesentlich beeinträchtigen; kann man in einem so wichtigen Erholungsgebiet nicht die Kosten für eine Verkabelung aufbringen? Sollten die Energieträger nicht auch insofern einen Verbund pflegen, daß sie solche Verkabelungen in besonders wertvollen Landschaften gemeinsam finanzieren? Ein Trost ist es, daß wenigstens viele schwächere Leitungen im Harz verkabelt werden sollen.

Bitter hat sich inzwischen auch die Angelegenheit Motodrom des ADAC entwickelt. Im vorigen Jahr war ein Standort dafür ins Auge gefaßt worden, gegen den wir keine Einwendungen hatten, doch soll die Anlage jetzt im Raum Seesen-Hahausen errichtet werden, also am Rande des Naturparks Harz. Wir haben uns gründlich mit der Sache befaßt und ausgiebige Verhandlungen darüber geführt, als deren Ergebnis unsere Vorstands- und Beiratsmitglieder einstimmig erklärt haben, daß wir uns den Protesten anschließen müssen, die von mehreren großen Verbänden gegen dieses Vorhaben erhoben worden sind. Wir glauben nicht, daß es für die betreffende Gegend eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung haben könnte, sondern befürchten im Gegenteil eine schwere Belastung der verschiedensten Art. Wenn insbesondere geltend gemacht wird, es gäbe in dem betreffenden Gebiet nur einen geringen Erholungsverkehr, so verweisen wir auf die Vermehrung der Menschheit, die es gebieterisch notwendig macht, auch Vorratsräume für die Erholung zu schaffen. Naturparke werden keineswegs nur für die Gegenwart, sondern beinahe mehr noch für die künftige Entwicklung

Landkreis Osterholz

**Landkreis
Grafschaft Diepholz**

**Landkreis
Lüchow-Dannenberg**

Haselünne

Landkreis Rotenburg

**„Obere Geeste“
im Regierungsbezirk Stade**

**Landschaftsrahmenplan
für den Harz**

Landkreis Zellerfeld

**Schlimme
Hochspannungsleitung
durch den Harz**

**Harte Ablehnung eines
Motodroms am Rande
des Harz**

ausgewiesen. Wir erinnern an die Auseinandersetzungen, die es in Westfalen um den geplanten Sauerland-Ring gegeben hat, der dann von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen abgelehnt worden ist. Die Argumente dafür und dagegen waren fast dieselben, wie sie jetzt auch hier vorgebracht werden: Riesige Massen an- und abfahrender Kraftwagen und Motorräder, unabsehbarer Parkplatz, Lärm, Rummel und Unruhe scheinen uns auch am Rande des Naturparks Harz unerträglich zu sein. Wir gönnen dem ADAC sein Motodrom, aber er möge es nicht hier errichten, sondern in einem weniger wertvollen Gelände.

Über die Wasserprobleme im Harz sind wir inzwischen zu einer vertrauensvollen Aussprache mit dem Direktor der Harzwasserwerke des Landes Niedersachsen, Herrn Dr. Schmidt, gekommen; er hat uns bei unserer Hauptversammlung einen grundlegenden Vortrag darüber gehalten und uns seine Bereitwilligkeit erklärt, jederzeit mit uns darüber zu sprechen. Bei den Talsperren werden die Wünsche des Erholungsverkehrs in steigendem Maße berücksichtigt, wir wiederholen aber auch bezüglich der Oberharzer Teiche und Gräben, daß uns an der Erhaltung dieser wertvollen Landschaftselemente dringend gelegen ist.

Für das Gebiet Hainholz und Beierstein erneuern wir unsere seit Jahren immer wieder vorgetragene Forderung, daß es keinesfalls der Gipsindustrie zum Abbau freigegeben werden darf. Die Naturwissenschaftler legen ganz besonderen Wert darauf, und überdies haben die Prähistoriker inzwischen festgestellt, daß alle dort vorhandenen Höhlen von Urzeitmenschen genutzt worden sind und ihre Erforschung höchst interessante Ergebnisse verspricht.

Über den Straßenbau bei Scharzfeld, gegen dessen ursprünglich geplante Trasse ebenfalls Naturwissenschaftler und Prähistoriker Bedenken angemeldet hatten, ist nun eine mühsam erkämpfte Einigung erzielt worden. Jetzt kommt es darauf an, die Straße möglichst gut in die Landschaft einzubinden, d. h. die Täler durch Brückenbauwerke zu überqueren, nicht durch Dämme, und die Böschungen an den Bergrücken so gut wie möglich zu gestalten.

Bei der Rhumequelle beklagen wir eine zwar gut gemeinte, aber dem Eindruck dieses Naturdenkmals durchaus abträgliche Vergärtnerung und Zivildisierung, wie sie noch schlimmer an der Visselquelle in Visselhövede durchgeführt worden ist. Einen hübschen Zierteich haben zahllose Städte, durch ihn wird aber wohl kaum je ein Fremder herangelockt. Von urtümlichen Quelltöpfen gibt es aber nur sehr wenige, sie möchte man erleben; man sollte sie säubern und in Ordnung halten, aber nicht verniedlichen und verkitschen, wie es in beiden Fällen geschehen ist.

Sorge machte uns zunächst auch das geplante neue Hotel auf dem Burgberg bei Bad Harzburg. Die wissenschaftliche Grabung nach dem Abbruch des jetzigen Gasthauses ist offenbar gesichert, aber es hieß zunächst, man wolle auf diesen weithin sichtbaren und historisch so bedeutsamen Berg einen mächtigen Betonklotz als Hochhaus setzen. Erfreulicherweise hat uns der Präsident des Verwaltungsbezirks Braunschweig, Herr Professor Thiele, erklärt, das käme keinesfalls in Frage, und auch am Molkenhaus würde man nur einen Neubau zulassen, der sich in Form und Höhe in die Landschaft einfüge. Wie steht es aber mit jenem Hotel-Projekt in Bad Sachsa, das angeblich 17 Stockwerke hoch werden und 3600 Betten fassen soll? So sehr wir zugeben, daß die Hotelverhältnisse im Harz verbesserungsbedürftig sind, so glauben wir doch, daß man hier weit über das Ziel hinausschießt und einen Sprengkörper schafft, der für das kleine Bad Sachsa und einen großen Teil des Harzes schlimme Zerstörungen hervorrufen könnte.

Zwischen Harzburg und unserem Tagungsort Goslar liegt jenes nördliche Harzvorland, von dem wir in der Roten Mappe 1967 gesagt haben, es schreie geradezu nach Raumordnung und Landesplanung, nach Verwaltungs- und Gebietsreform. Die Wahrheit des alten volkstümlichen Spruches „Wo's qualmt und stinkt, liegt Oker“ werden Sie wahrscheinlich morgen bei unseren Ausflügen erfahren können, wenn Sie es nicht bisher schon getan haben. Es ist unverantwortlich, daß Menschen unter dieser Dunstglocke wohnen müssen und vieler-

Wasserprobleme im Harz

Hainholz und Beierstein keinesfalls der Gipsindustrie freigeben!

Einigung über den Straßenbau bei Scharzfeld

Rhumequelle und Visselquelle nicht verniedlichen und verkitschen!

Hotelprojekte im Harz

Dringend nötige Verbesserungen im nördlichen Harzvorland

lei andere Schäden auftreten, weil die Gebietszersplitterung gerade dieser Gegend ganz besonders groß ist. Herr Landtagspräsident Wilhelm Baumgarten wohnt dort und bemüht sich sehr um eine Besserung; möge ihm ein guter Erfolg beschieden sein.

Damit wollen wir nun aber den Harz verlassen und zunächst wieder ein grundsätzliches Thema aufgreifen, nämlich die Pflege und Beachtung der Grünflächen im unmittelbaren Umkreis der Städte. Hier prallen die Interessen der Erholung im Nahbereich leider oft ganz bitter mit dem Straßenbau zusammen.

Ortsumgehungen werden vielfach auf Dämme gelegt, die Ortschaften dadurch abgeschnitten und die Landschaft zerteilt. Mindestens müßte eine solche Verkehrsanlage gut durch Pflanzungen eingebunden werden. Bei den Bundesautobahnen kann man oft eine immer weiter verbesserte technische Eleganz beobachten, leider aber bei vielen Straßenbauten nicht. In geeigneten Fällen sollte man auch zu Aufständerungen übergehen, um den Blick auf die natürliche Landschaft so sehr wie möglich zu erhalten.

Am schlimmsten aber ist die berüchtigte Zerschneidung von stadtnahen Wäldern, die uns schon seit vielen Jahren beschäftigt; die Gefahr um den Bentheimer Wald besteht offenbar immer noch; weitere Straßen durch die Eilenriede in Hannover müssen verhindert werden.

In Syke will man die nötige Umgehungsstraße kurzerhand durch das Friedeholz Syke legen, obwohl es eine Kleinigkeit wäre, den Wald östlich zu umgehen.

Beim Neuklosterforst bei Buxtehude haben unsere Freunde und wir nach jahrelangen Bemühungen schließlich einen Sieg errungen; der Bundesverkehrsminister hat uns mitgeteilt, der Wald solle nicht durchschnitten werden; sein Brief schloß mit den Worten: „Damit dürfte das Ziel Ihrer Bemühungen erreicht sein.“

Braunschweig ist in Gefahr, von Fernverkehrsstraßen regelrecht stranguliert zu werden. Von der Straße Wolfsburg-Braunschweig-Salzgitter schreibt man uns, der Entwurf sei vom Standpunkt einer modernen Raumordnung und Landesplanung so ziemlich der fürchterlichsten, den man sich überhaupt vorstellen könne. Die Zuschriften enthalten umfangreiche Einzelheiten; wir müssen uns hier auf diese Andeutungen beschränken.

Beim Landschaftsschutzgebiet „Rosengarten“ im Landkreis Harburg gehen die Meinungen auseinander; gewisse Beurteiler sprechen von einer schweren Beeinträchtigung des Waldes durch den erfolgten Straßenbau, andere von einer Erschließung für den Erholungsverkehr. Sollte jetzt aber auch noch die Verbindung von Harburg zur Bundesautobahn mitten durch den Rosengarten gehen, so könnte man wohl nur von verhängnisvoller Schädigung sprechen.

Betrachtet man aber die Naturschutzgebiete selbst, so ergibt sich von rühmlichen Ausnahmen abgesehen fast in der Mehrzahl ein erschütterndes Bild. Sie werden gefährdet durch Straßenbau, Erholungsverkehr, wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie Entwässerung oder Abwassereinleitung, durch Müllablagerung, Sand- und Kiesabbau, Gipsindustrie und anderes mehr. Uns liegt eine erschreckende Liste von vielen Dutzend solcher Fälle vor; leider können wir hier nicht auf die Einzelheiten eingehen.

Nur die Moore seien wieder einmal erwähnt; ganz wenige finden die nötige Pflege, die meisten scheinen dem Untergang geweiht zu sein. Seit Jahren ist das bei uns ein immer wiederkehrendes Thema.

Fernsehsender der Post werden vielfach in Landschaftsschutzgebieten errichtet, ohne die Naturschutzbehörden zu beteiligen. Beide Dienststellen sollten sich rechtzeitig abstimmen.

Mit dem Dümmer steht es unverändert so schlimm, wie wir es seit vielen Jahren immer wieder hervorheben, immerhin gibt sich der Landkreis Grafschaft Diepholz große Mühe, den Zustand des Sees zu bessern.

Grünflächen im Umkreis der Städte nicht dem Straßenbau opfern

Zerschneidung von stadtnahen Wäldern; Bentheimer Wald, Eilenriede

Syke

Neuklosterforst endlich gerettet!

Straßenbauten um Braunschweig herum

Straßenbauten durch den „Rosengarten“

Erschütterndes Bild bei den meisten Naturschutzgebieten

Die Moore

Fernsehsender

Dümmer

Die Taube Elbe bei Hitzacker soll eingedeicht werden, obwohl man damit wieder einmal ein wichtiges Naturgebiet zerstört und ganz ungenügende landwirtschaftliche Nutzflächen gewinnt. Man hat manchmal den Eindruck, als ob gewisse Staatsgelder unter allen Umständen verbraucht werden müssen.

Taube Elbe bei Hitzacker nicht eindeichen!

Für den Drömling nordöstlich von Braunschweig ist ein Entwicklungsplan aufgestellt und von den Bezirksregierungen in Lüneburg und Braunschweig anerkannt worden; danach soll hier ein natürliches Wald- und Moorgebiet erhalten und entwickelt werden; hoffentlich kommt es tatsächlich dazu. Die Stadt Wolfsburg darf dieses Vorhaben aber nicht dadurch beeinträchtigen, daß sie dort ein Wasserwerk errichtet und die Austrocknung der Bruchwälder und Moore bewirkt. Ein schrecklicher Fehlgriff wäre es auch, hier eine Schweine-Großmästerei mit angeblich 100 000 Tieren zu bauen; der Geruch würde sich kilometerweit bemerkbar machen, die Abwasser- und Abfallmengen wären kaum zu beseitigen, und die erforderlichen Bauten und Straßen würden das Gebiet in unverantwortlicher Weise belasten.

Entwicklungsplan für den Drömling

Sobald der Mittellandkanal in diesem Bereich verbreitert wird, müßten die anfallenden Erdmassen so untergebracht werden, daß die Landschaft so wenig wie möglich gestört wird. Besonders wichtig ist es aber auch, daß die örtlichen Stellen der Forstverwaltung und Wasserwirtschaft an der Durchführung des Planes mitarbeiten. Leider sind die bedeutenden Sumpfporst-Bestände in den Wäldern der Gräfl. Schulenburg'schen Forstverwaltung trotz der Vorstellungen der Naturschutzsachverständigen durch forstwirtschaftliche Maßnahmen in den beiden letzten Jahren nahezu restlos vernichtet worden.

Am Steinhuder Meer entstand der abenteuerliche Plan, an dem bisher frei zugänglichen Strand des Weißen Berges eine Reihe von Apartment-Hochhäusern zu errichten; doch werden diese Absichten hoffentlich vom Verband Großraum Hannover abgelehnt werden. Am Weißen Berg befindet sich die einzige Stelle, wo ein unbebautes Hinterland an den allgemein frei zugänglichen Strand stößt. Man könnte dort schöne Sport- und Erholungseinrichtungen schaffen, aber für alle Menschen, nicht für ein paar kapitalkräftige Leute, die sich eine teure Zweitwohnung leisten können.

Bebauungspläne am Steinhuder Meer

Ein schweres Problem ist auch die fortschreitende Verschmutzung der Nordsee durch die immer stärker werdende Industrieansiedlung an den Flüssen, vor allem der Elbe, der Weser, der Jade und der Ems. Mehr als einmal scheint es so, als ob man zunächst baut und sich erst dann überlegt, wie man die zwangsläufig anfallenden Gifte schadlos beseitigen kann. Mit Besorgnis und Bestürzung hat man in Ostfriesland Kenntnis genommen von dem niederländischen Plan zum Bau einer Industrieabwässerleitung aus der Provinz Groningen zur Unterems und zum Dollart. Das wäre eine schwere Bedrohung des Lebens in den Küstengewässern, vor allem wäre auch eine ernste Verschmutzung der Badestrände zu befürchten. Auch auf holländischer Seite haben sich kritische Stimmen gemeldet.

Verschmutzung der Nordsee, Abwässerleitung zum Dollart

Die Ölschlammgrube im Landkreis Burgdorf, jene schreckliche Todesfalle für Tiere, mit der wir uns vor drei Jahren lebhaft beschäftigen mußten, ist nach großen Anstrengungen verschiedener Kräfte inzwischen glücklicherweise verschwunden, doch erreicht uns jetzt die Nachricht, in demselben Landkreis sei noch eine weitere Grube derselben Art vorhanden. Unsere Rückfrage beantwortet uns der Oberkreisdirektor dahingehend, man habe der fraglichen Firma schon vor zehn Jahren weitere Ablagerungen untersagt, doch gebe es keine rechtliche Möglichkeit, die Beseitigung des Ölschlammes zu betreiben. Wir müssen also wieder an private Initiative appellieren, diesen Übelstand zu beseitigen!

Wieder einmal: Ölschlammgrube im Landkreis Burgdorf

Der von uns im vorigen Jahre behandelte Plan, ein Landschaftsschutzgebiet bei Misburg an ein Zementwerk zu verkaufen, ist offenbar immer noch nicht aufgegeben worden. Man sollte jeden Gedanken daran unbedingt fallenlassen!

Landschaftsschutzgebiet bei Misburg nicht an ein Zementwerk verkaufen!

Eine besondere Geschmacklosigkeit hat sich eine Reihe von Möbelgeschäften im Bundesgebiet geleistet, indem sie in einem farbigen Prospekt eine Couch zeigte, die in einen schönen Wildbach geworfen worden war. Eine junge Frau äußert dazu nichts anderes als: „Laß sie doch schwimmen, wozu gibt's denn das XY-Möbellager!“ Merken die Leute denn gar nicht, in welcher Wunde sie wühlen? Diese Art der Abfallbeseitigung ist leider keineswegs selten, aber hier findet man kein Wort der Verurteilung, sondern denkt nur an seine geschäftliche Werbung.

Geschmacklose Werbung von Möbelgeschäften

Diese Reihe unerfreulicher Beobachtungen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege soll nun aber noch mit ein paar erfreulichen abgeschlossen werden:

Beim Elbe-Seitenkanal berichten sowohl die Landschaftspfleger wie die Prähistoriker von einer ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den Kanalbauern. Der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg sei dafür ein besonderer Dank ausgesprochen.

Der Verband Großraum Hannover hat eine Erholungsplanung in großem Erholungsplan im Stil entwickelt. Besonders schön werden sicherlich die geplanten drei großen Wasserflächen; an diejenigen in der südlichen Leineniederung haben wir schon mehrfach erinnert.

Südlich daran anschließend soll auch bei Hildesheim eine gut geordnete neue Landschaft für die Erholung im Leine-Innerste-Gebiet entstehen. Das sind gute Aussichten.

Auch der Naturpark Ostfriesische Binnenmeere bemüht sich in kluger Weise um die Landschaft; gewisse Teile sollen als reine Schutzgebiete erhalten bleiben, andere den erholungssuchenden Menschen gewidmet werden. In diesem Zusammenhang erreicht uns aber auch eine Hiobsbotschaft: Das rund 40 ha große Bamsmeer, eines der noch intakten ostfriesischen Binnenmeere, soll mit Schlick aus der Ems zugeschüttet werden, um den Aushub der Bagger auf schnelle, einfache Weise loszuwerden und landwirtschaftliche Nutzflächen zu gewinnen, wieder einmal bei hoher Überproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Gesunde Gewässer werden immer seltener und wertvoller für Wirtschaft, Erholung und viele andere Zwecke; deshalb ist es nicht zu verantworten, das Bamsmeer einfach zu beseitigen.

Für den Ausbau des Mittellandkanals haben wir uns aus zwei Gründen interessiert: Wie kann es verhindert werden, daß der Kanal, soweit er zwischen Spundwänden geführt wird, zu einer Todesfalle für Tiere wird, und wie läßt er sich besser als bisher in das Bild der Stadt Hannover einfügen? Ein interessierter Kreis unserer Mitarbeiter hatte zunächst eine lange aufschlußreiche Unterredung mit Herrn Korsmeier, dem Präsidenten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover; ihr folgte die Einladung zu einer mehrstündigen Befahrung des Kanals mit ausgiebiger Erörterung an Ort und Stelle. Beide Male nahmen Herren des Städt. Gartenamtes teil und erläuterten ihre Pläne. Wir glauben danach, daß die Dinge auf gutem Wege sind.

Das möge genug sein über Naturschutz und Landschaftspflege, obwohl die Fülle der uns vorliegenden Meldungen nicht annähernd behandelt werden konnte. Das nächste Thema soll nun die Bodendenkmalpflege sein.

Die Prähistoriker in Niedersachsen können seit anderthalb Jahrzehnten dank der Lotto-mittel umfangreiche Forschungen betreiben, die inzwischen zu einer stolzen Reihe von Veröffentlichungen geführt haben, aber wieder einmal werden, so begrüßenswert das ist, nur Forschungen unterstützt, nicht dieser wichtige Zweig der Landespflege. Um beispielsweise die immer noch zahlreichen Großsteingräber instand zu setzen, steht eine beschämend niedrige Summe zur Verfügung; auf Landkreise umgerechnet sind es noch nicht einmal DM 500,- im ganzen Jahre! Bezieht man den Betrag auf den Kopf der Bevölkerung, so ergibt sich weniger als ein halber Pfennig, und damit steht Niedersachsen weit am Ende der Aufwendungen aller Bundesländer. Glücklicherweise springen wenigstens die Landkreise oft helfend ein.

Daß immer noch keine vernünftige gesetzliche Grundlage für die Bodendenkmalpflege geschaffen worden ist, wird unverändert von allen Seiten beklagt. Es sollten dann aber wenigstens allgemeine Richtlinien für diese Arbeit erlassen werden, die für das ganze Land gelten. Abgesehen von der finanziellen ist auch die personelle und sachliche Ausstattung der Bodendenkmalpflege bei weitem zu gering. Die Zerstörer der Denkmale arbeiten mit riesigen Geräten, die Pfleger demgegenüber gleichsam mit Teelöffeln. Das gilt für die technischen Werkzeuge beider Seiten genauso wie für die Finanzen.

Einige erfreuliche Beobachtungen

Elbe-Seiten-Kanal

Erholungsplan im Großraum Hannover und...

... bei Hildesheim

Das Bamsmeer darf nicht überschlickt werden!

Ausbau des Mittellandkanals

Bodendenkmalpflege

Wieder einmal: Zu geringe Mittel!

Keine gesetzliche Grundlage

Zu schwache personelle und sachliche Ausstattung

Einen Gruß entbieten wir der neu gegründeten Archäologischen Kommission für Niedersachsen, die nun ein Gegenstück zu der älteren Historischen Kommission darstellt und eine Förderung und Zusammenfassung der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Urgeschichte erwarten läßt. Aber auch hier wieder einmal geht es im wesentlichen um die Forschung, während die Landespflege als Aschenputtel schüchtern im Hintergrund steht und sich gegenüber der reichen Schwester kaum hervorwagt.

Ein Gruß an die Archäologische Kommission für Niedersachsen

Drei Landkreise, nämlich Aschendorf-Hümmling, Bersenbrück und Grafschaft Hoya, berichten von tatkräftigen Bemühungen auf diesem Gebiet, beklagen aber einhellig das völlige Fehlen von Mitteln, um wertvolle Denkmale wiederherzurichten und nach Möglichkeit auch in den Besitz der öffentlichen Hand zu bringen, um ihre Zerstörung zu verhindern.

Berichte dreier Landkreise

Im übrigen betonen auch die Prähistoriker die dringende Notwendigkeit, die Umgehungsstraße bei Scharzfeld so zu führen, daß die bedeutenden alten Siedlungsstellen so wenig wie möglich beeinträchtigt werden, und das Gelände des Hainholzes und des Beiersteins unter keinen Umständen der Gipsindustrie freizugeben. Gerade dort lassen künftige Grabungen noch höchst interessante Ergebnisse erwarten.

Auch hier: Hainholz und Beierstein nicht antasten!

Steingrab in Ostenwalde Bei einem anderen Straßenbau im Landkreis Aschendorf-Hümmling will man das bedeutende Steingrab in Ostenwalde versetzen, um freien Überblick zu bekommen. Nach den uns vorliegenden Berichten ist diese Maßnahme nicht nötig, aber sie würde wieder einmal ein bedeutendes Bodendenkmal zerstören. Eine solche Grabanlage, die einen ganzen Friedhof mit Tongefäßen, Arbeitsgeräten und Schmuck aus der Zeit der ersten bäuerlichen Besiedlung des Landes enthält, kann man auch nicht „versetzen“; das Wesen des Denkmals ginge damit völlig verloren. Der Landkreis führt ein Steingrab im Wappen; sicherlich wird er alles tun, um jene Gefährdung abzuwenden. Auch dieser Fall zeigt aber wieder einmal, wie wichtig es ist, daß in Niedersachsen endlich die erwähnte gesetzliche Grundlage für die Bodendenkmalpflege geschaffen wird.

Steingrab in Ostenwalde

Wir kommen dann zum großen Gebiet der Baudenkmalpflege und möchten zunächst ein Wort zu zwei Gesetzen sagen: Das Bundesbaugesetz besteht seit einem Jahrzehnt, wird aber viel zu schwächlich gehandhabt. Es wäre dringend nötig, es durch ein Landesgesetz oder wenigstens eine Rechtsverordnung zu ergänzen.

Baudenkmalpflege Das Bundesbaugesetz nicht so schwächlich handhaben!

Wenn das Städtebauförderungsgesetz des Bundes in derjenigen Form beschlossen wird, in der es jetzt vorliegt, sind von der Denkmalpflege keine Einwendungen dagegen zu erheben.

Städtebauförderungsgesetz

Eine umfangreiche und bis in die Einzelheiten gehende Empfehlung für die Bewahrung von Kulturgut hat die UNESCO gegeben; sie gilt nicht nur für Bau- und Bodendenkmale, sondern ebenso auch für bewegliches Gut von kultureller Bedeutung jeder Art.

Empfehlung der UNESCO

Daß man sich übrigens schon im alten Rom Gedanken darüber gemacht und dabei sogar einen Befehlsnotstand nicht anerkannt hat, geht aus einem Erlaß vom Jahre 458 v. Chr. hervor, der den Abbruch wertvoller öffentlicher Gebäude verbietet. Verstößt ein Beamter dagegen, so soll ihm eine schwere Geldstrafe auferlegt werden; der Staatsdiener aber, der ihm gehorcht und ihm keinen Widerstand leistet, soll ausgepeitscht und dann sollen ihm die Hände abgehauen werden. Wir meinen, ganz so grob brauchte man heute nicht unbedingt vorzugehen, aber manchmal würde man sich doch wirksamere Maßnahmen wünschen.

Denkmalpflege im alten Rom

Ähnlich wie der Landesbeauftragte für Naturschutz eine lange Liste gefährdeter Landschaftsteile hat, so besitzt der Landeskonservator eine umfangreiche Liste von wertvollen Bauwerken, die nur dann gerettet werden können, wenn große Summen an Landesmitteln zur Verfügung stehen. Es müßte ihm möglich sein, entweder jenes auf natürlichem Wege produzierende Männlein an der Kaiserworth in Goslar in Anspruch zu nehmen oder mindes-

Der arme Landeskonservator

tens aus einer großen eisenbeschlagenen Schatulle voller Goldstücke zu schöpfen; er besitzt aber leider nur eine Zigarrenkiste mit ein paar Geldscheinen. Es ist immer wieder dasselbe Thema, wir müssen es wiederholen, auch wenn es allmählich langweilig wird: Für Landespflege jeglicher Art müssen sehr viel größere Mittel bereitstehen.

Wie uns berichtet wird, haben besonders ländliche Gemeinderäte wenig Verständnis für historische Werte und sind kaum bereit, für ihre Erhaltung Opfer zu bringen. Man steht ganz einfach auf dem Standpunkt, das sei eine Aufgabe des Landes Niedersachsen. Möge dieses das ihm entgegengebrachte herzliche Vertrauen rechtfertigen!

In zwei Fällen ländlicher Baudenkmalpflege konnten schöne Erfolge erzielt werden: Die Wehlburg im Artland sei noch einmal erwähnt, obwohl wir ihre Rettung schon im vorigen Jahre dankbar hervorgehoben haben, und bei den Rundlingen im Hannoverschen Wendland kommt der für ihre Erhaltung gegründete Verein gut voran, wenn auch noch ein langer, steiniger Weg zu überwinden sein wird, bis das erstrebte Ziel erreicht ist.

Die Außenreklame ist namentlich in den Dörfern immer noch eine schlimme Sache; wir hoffen auf Besserung durch die künftige Landesbauordnung. Die Gesellschaft für Ordnung in der Außenwerbung, Bonn, hat vor einigen Monaten in Hannover eine Arbeitstagung veranstaltet, die von überraschend vielen Teilnehmern besucht wurde, am meisten offenbar von Beamten der verschiedenen Verwaltungen. Wir glauben, daß davon eine gute Wirkung ausgegangen ist.

Im übrigen möchten wir auch bei dieser Gelegenheit wieder wie nun schon seit einem Jahrzehnt darum bitten, dem Landesbaupfleger wenigstens bescheidene Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er seine wertvolle und wichtige Aufgabe erfüllen kann. Wir haben Jahr für Jahr immer wieder gemahnt, leider ganz ohne Erfolg, auch hier wieder: Für Pflege und Umweltgestaltung gibt es kein Geld.

Wenden wir uns nun den Problemen einzelner Städte auf dem Gebiet der Baudenkmalpflege zu, so wollen wir versuchen, dabei eine gewisse geographische Reihenfolge einzuhalten, auch wenn einige Kreuz- und Quersprünge durch das Land Niedersachsen nötig sind.

Fangen wir im Süden mit Hann. Münden an, so bestand eine böse Gefahr für das Bild der Stadt durch die sogenannte „Umkanalisierung“ der Fulda. Wir bekamen Berichte von einem geradezu erschreckenden Plan: es solle nur noch einen einzigen Kanal am linken Rand des Flußtales geben, die Nebenarme mit ihren Inseln wolle man zuschütten und die Stadt damit völlig vom Wasser abschneiden. Wer Hann. Münden kennt und liebt, weiß, was für ein Verbrechen das wäre! An den sogenannten Schlagden hat sich Jahrhunderte hindurch der Warenumsatz zwischen Land und Schiff abgespielt, der gesamte Grundriß der alten Stadt ist darauf ausgerichtet. Es wäre nicht auszudenken, wenn man diese Beziehungen zerstören wollte! Zu unserer Freude haben wir inzwischen erfahren, eine solche Barbarei solle nicht verübt werden, vielmehr sollten die Kanalisierungsarbeiten unter sorgfältiger Schonung des gewachsenen Stadtbildes erfolgen.

Für die Wiederherstellung des Schlosses in Hann. Münden hat das Land Niedersachsen eine bedeutende Summe aufgewandt; das sei dankbar anerkannt.

In Osterode muß die klassizistische Schachtrupp-Villa, ein feiner Zentralbau aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts mit einem hübschen Festsaal, unbedingt erhalten bleiben. Der schon erwogene Abbruch dieses Bauwerks würde die Stadt eines ihrer wichtigsten Monumente berauben; für die Verwendung des Gebäudes sollten Möglichkeiten zu finden sein. Auch die Ratswaage müßte wiederhergestellt und das sogenannte Ritterhaus von seinen Verfallserscheinungen befreit werden.

Hornburg, jene arme kleine Stadt an der Zonengrenze, erhält seine wertvollen Fachwerkbauten mit großen Kosten, hat aber auch der Gegenwart durch die Errichtung eines schönen Gemeinschaftshauses im Grünen genügt.

Wehlburg und Rundlinge

Außenreklame

Landesbaupfleger

Einzelne Städte

Hann. Münden

Osterode

Hornburg

Der Landkreis **Helmstedt** hat mit Hilfe von Bund und Land das Juleum, das Hauptgebäude der alten Universität, gründlich erneuert. So sehr wir uns darüber freuen, bitten wir aber doch nicht zu vergessen, daß man diesen nun wieder so schönen Bau nicht allein stehen lassen darf, sondern ihm seine Umgebung so anpassen muß, wie es in der Gesamtplanung vorgesehen war. Wie wir hören, ist damit inzwischen begonnen worden.

Helmstedt

In **Braunschweig** besteht Sorge um die schwer vom Verfall bedrohte Klosterkirche Rid-dagshausen. Wieder einmal fehlt es an finanziellen Möglichkeiten, um durchgreifend zu helfen.

Braunschweig

Im Dorf **Nettlingen** wird damit begonnen, die durch Feuer zerstörte Kirche wieder aufzubauen und wenigstens einige der romanischen Wandmalereien wiederherzustellen.

Nettlingen

In **Soltau** sollten der Stadtplanung die letzten Reste der mittelalterlichen Siedlung, eine spitzgiebelige Häusergruppe am „Hagen“, zum Opfer fallen. Es scheint gelungen zu sein, das abzuwenden.

Soltau

In **Lüneburg** besteht schwere Gefahr für den St.-Johannis-Kirchturm, dessen Balkenwerk durch Fäulnis und Schädlinge nahezu zerstört ist. Die Kosten der Wiederherstellung sind auf über 2 Millionen Mark veranschlagt worden, deren Aufbringung große Sorge macht. Die Kirche allein ist sicherlich nicht dazu in der Lage, also müßte auch hier wieder einmal an jene Mittel für Landespflege erinnert werden, die wir nun schon so oft erwähnt haben. Jedenfalls darf es niemals dazu kommen, daß der Johannis-Kirchturm nicht mehr über den Sand und das gesamte Stadtbild von Lüneburg herrscht!

Lüneburg

Als uns das Landeskirchenamt der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers deswegen schrieb, konnten wir uns es aber nicht versagen, an einen anderen Kirchturm zu erinnern, den wir schon in der Roten Mappe behandelt haben, nämlich denjenigen der Neustädter Kirche in **Hannover**. Nach seinem Wiederaufbau fehlen ihm noch entscheidende Ergänzungen, die auch für das Stadtbild wichtig sind. Öffentliche und private Geldgeber haben sich bereit erklärt, die dafür nötige Summe zu stiften, aber die Kirchengemeinde hat sie abgelehnt, weil die Gemeindemitglieder einen solchen Aufwand für die Denkmalpflege mißbilligen würden. Wir haben uns im Vorstand und Beirat mehrmals darüber unterhalten, aber immer nur verständnisloses Kopfschütteln für einen solchen Standpunkt aufbringen können.

Hannover

Nachdem wir nun wieder die südliche Richtung eingeschlagen haben, ist es nur noch ein kurzer Sprung bis **Wunstorf**. Alle Vorstellungen, den ruhigen Bereich zwischen den beiden Kirchen nicht durch einen Straßenbau zu zerstören, sind offenbar ergebnislos gewesen. Wir nehmen das mit Bedauern zur Kenntnis.

Wunstorf

Eine kleine Komödie hat sich um die Amtspforte in **Stadthagen** abgespielt, eines der schönsten Fachwerkhäuser in Schaumburg-Lippe. Es gehört dem Land und sollte abgebrochen werden, weil es dem Verkehr im Wege stehe; nach vielem Hin und Her wurde es an die Stadt verkauft, und nun ist von dem Verkehrshindernis keine Rede mehr. Die Stadt will das Gebäude erhalten und ein Heimatmuseum darin unterbringen.

Stadthagen

Osnabrück meldet uns die Wiederherrichtung historischer Bauwerke und die Beteiligung an wertvollen Museen der weiteren Umgebung; auch der Landkreis war in dieser Richtung rege tätig und hat eine Reihe von schönen Erfolgen aufzuweisen. Andererseits ist der Freund gewachsener Stadtbilder nicht sehr erfreut über die Nachricht, daß man an der Herrenteichsanlage eine große Brücke über die Hase bauen und ein zwanzigeschossiges Hochhaus errichten will.

Osnabrück

Norderney entwickelt sich mit mächtigen Bauten offenbar immer mehr in Richtung zu den bekannten Mittelpunkten der internationalen Touristik. Möge es gelingen, wenigstens noch etwas von der früheren Eigenart der Insel zu erhalten!

Norderney

Damit sei nun auch die Baudenkmalpflege abgeschlossen; es bleibt noch verschiedenes, was durchaus wichtig, aber nicht in die drei bisher behandelten großen Sachgebiete einzugliedern ist.

Die Pflege der niederdeutschen Sprache gewinnt hoffentlich auf verschiedene Weise einen neuen Auftrieb. Der Niederdeutsche Rat hat in unserem guten Freunde Herbert von Geldern einen tatkräftigen Vorsitzenden bekommen, dem sicherlich auch das Kultusministerium die dringend nötige Hilfe leisten wird. An den Pädagogischen Hochschulen muß dem Plattdeutschen der gebührende Platz eingeräumt werden, auch der Niederdeutsche Sprachverein will sich mehr als bisher um die Schule kümmern. Seit Jahrzehnten wird eine niederdeutsche Literaturgeschichte vermißt, doch sind jetzt junge Forscher darangegangen, moderne niederdeutsche Dichtung modern zu interpretieren. Die Arbeiten am Niedersächsischen Wörterbuch werden durch Einsatz von Computern beschleunigt. Wichtig für die Pflege sind Heimatkalender und -zeitschriften. Die Oldenburg-Stiftung hat eine rege Arbeitsgemeinschaft „Niederdeutsche Sprache und Schrifttum“.

Pflege der niederdeutschen Sprache

Ausgezeichnete Arbeit in der Pflege des Plattdeutschen haben bisher der Norddeutsche Rundfunk und Radio Bremen geleistet, doch kommt nun die Nachricht, Hamburg habe die niederdeutsche Abteilung aufgelöst. Das sollte man schleunigst rückgängig machen; nach unseren Beobachtungen hören sehr viele Menschen gern die plattdeutschen Sendungen und möchten sie nicht missen. Hier scheint uns eine dankbare Aufgabe des Rundfunkrates zu liegen.

Norddeutscher Rundfunk und Radio Bremen

Sonst aber benutzen wir auch diese Gelegenheit gern wieder, der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen unseren Dank dafür auszusprechen, dass sie unsere Arbeit in vielerlei Weise unterstützen. Natürlich waren wir keineswegs mit jedem Artikel und jeder Sendung einverstanden, aber wir sind allein schon froh darüber, daß unsere Bestrebungen in den sogenannten „Massenmedien“ überhaupt erörtert werden. Kritik regt das Nachdenken an, aber Schweigen wäre tödlich.

Presse, Rundfunk und Fernsehen

Die Sammlung der niederdeutschen Flurnamen nimmt ihren Fortgang, doch werden dafür überall im Lande noch gute Mitarbeiter gesucht. Auch hier ist die Umstellung auf automatische Bearbeitung im Gange.

Flurnamen

An diese Flurnamen wird überall in den Städten und Dörfern angeknüpft, wenn man Namen für neue Straßen sucht. Wo es nicht geschieht, sollte man es unbedingt tun! Eine „Hauptstraße“ gibt es überall, aber Bezeichnungen wie „Im heiligen Hof“, „Am Helwege“, „Auf dem Kniepe“ und andere sind reizvoll, einprägsam und regen die Phantasie an.

Wo eine Stadt oder ein Landkreis ein Wappen besitzen, das auf historischen Unterlagen beruht und Geschichte deutlich macht, sollte man es als wertvolles Symbol betrachten. Wilhelmshaven führt den Rüstringer Friesen nach einem Siegel aus dem 15. Jahrhundert im Wappen; wenn jetzt Bestrebungen laut werden, es abzuschaffen, so haben wir dafür kein Verständnis.

Wappen

Ebensowenig können wir es verstehen, daß eine friesländische Kirchengemeinde Jahrhunderte alte Altargeräte an einen Sammler verkauft hat. Kann sich eine Kirche wirklich von solchen Kostbarkeiten trennen, so sollte sie sich mit einem Museum oder einer entsprechenden Vereinigung in Verbindung setzen, damit die Stücke der Öffentlichkeit nicht verlorengehen.

Kreisbeschreibungen wird es hoffentlich auch in Zukunft geben – wahrscheinlich dann in einer neuen Form; sicher wird keine Zeit je auf wissenschaftlich fundierte landeskundliche Beschreibungen verzichten können.

Kreisbeschreibungen

Einigen Museen unseres Landes seien ein paar Hinweise gewidmet:

Museen

Die Landesmuseen in Hannover, Braunschweig und Oldenburg berichten über erfreuliche Besucherzahlen, also großes öffentliches Interesse, aber wieder einmal beschämend geringe Landesmittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Ankaufsetat des bedeutendsten Museums in Hannover ist um – sage und schreibe – 93%, also auf 7% gekürzt worden; das bedeutet praktisch eine völlige Streichung dieses Titels, weil der verbleibende winzige Rest für den Betrieb der Werkstätten gebraucht wird. Die Landesgalerie hat infolgedes-

sen seit drei Jahren keinen einzigen Ankauf tätigen können, sie ist im internationalen Kunsthandel uninteressant geworden, bekommt keine Angebote mehr und erfährt also auch nicht, wo wichtige Kunstwerke zu haben wären. Wieder ein deutliches Beispiel für die Tatsache, daß die Landespflege mehr als stiefmütterlich behandelt wird.

Das Staatliche Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg hat aber nun wenigstens seinen seit zwei Jahrzehnten erstrebten Erweiterungsbau, ein wichtiges Werk alten oldenburgischen Kulturbesitzes, bekommen, und auch das daneben gelegene klassizistische Wohngebäude soll erhalten und kulturellen Zwecken zugeführt werden.

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven konnte in feierlicher Form seine Grundsteinlegung begehen; es wurde ein großes Volksfest daraus, ein Beweis dafür, welche Begeisterung dieser Museumsplan in weitesten Kreisen erweckt. Wir haben dieses Freiluftmuseum der Schiffahrt schon früher begrüßt und erneuern unsere guten Wünsche mit Herzlichkeit. Es ist einzigartig in Deutschland, aber auch weit darüber hinaus!

In Wangerooge hat der hundert Jahre alte Leuchtturm ausgedient, soll aber nun als Wahrzeichen erhalten und zu einem Inselmuseum ausgebaut werden. Auch das ist eine gute Sache.

In Bremervörde ist im alten Kreishaus ein vorgeschichtliches Museum eröffnet worden, dessen Reichhaltigkeit bewundernswert ist.

Herrn Ministerpräsidenten Dr. Diederichs haben wir wieder zu danken dafür, daß er auch im letzten Jahre eine Anzahl unserer treuen Mitstreiter mit dem Niedersächsischen Verdienstorden ausgezeichnet hat. Wenn wir diesen Orden beantragen, haben wir immer ein gutes Gewissen dabei, denn niemand von denen, die wir vorschlagen, hat je etwas für sich gewollt, sondern immer nur für das Beste des Ganzen.

Jugendlehrgänge haben wir auch in diesem Jahre wieder veranstaltet; einer findet gegenwärtig in Goslar statt, weitere werden für das nächste Jahr vorbereitet. Wir grüßen unsere jungen Gäste mit besonderer Herzlichkeit, denn auf ihnen beruht unsere Hoffnung für die Zukunft.

Jugendlehrgänge

Meine Damen und Herren! Die Rote Mappe hat wieder versucht, im Fluge durch das Land Niedersachsen zu eilen und in aller gebotenen Kürze eine Reihe von Problemen anzusprechen, die uns am Herzen liegen. Der Bogen führte von dem uralten Goslar, von Barbarossa und Heinrich dem Löwen bis zur Jugend unserer Zeit. Die Standbilder der Kaiser hier vor unserem Tagungsgebäude tragen Bärte und lange Haare, und viele junge Männer unserer Gegenwart tun es ebenfalls. Insofern scheint der Bogen über die Zeiten hinweg eher zu verbinden als zu trennen.

Bärte und lange Haare

Wir wissen, daß die Grundgedanken, denen wir uns widmen, immer gegolten haben, seit es Menschen auf dieser Erde gibt, und wir haben die Zuversicht, daß sie immer gelten werden, solange die Menschheit besteht.

Nun aber noch ein Wort an den Herrn Ministerpräsidenten und die Landesregierung: Meine Herren, Sie haben den Wahlkampf, der Sie in Ihr heutiges Amt gebracht hat, unter der zugkräftigen Parole geführt: Keine halben Sachen mehr! Wir haben Ihnen heute eine lange Liste halber Sachen unterbreitet, alle unter dem Gesichtspunkt einer bei weitem zu geringen Förderung der Landespflege, des Umweltschutzes, der Umweltgestaltung. Nun bitten wir Sie um Abhilfe, nun rufen wir Ihnen zu: Keine halben Sachen mehr!

**Appell an die Landesregierung:
Keine
halben Sachen mehr!**

Goslar aber und den Harz grüßen wir mit einem herzlichen Glückauf!